

05.12.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Hilfe zur Selbsthilfe: Schwarz-Grün muss seiner sozialen Verantwortung endlich gerecht werden

I. Ausgangslage

Jede fünfte Person in Nordrhein-Westfalen ist von Armut betroffen. Nordrhein-Westfalen hat gemeinsam mit Sachsen-Anhalt die dritthöchste Armutsquote in Deutschland und gilt damit als besonders armutsbetroffen.¹ Dass sich Armut schwerwiegend auf die Betroffenen und ihre Teilhabemöglichkeiten auswirkt, ist seit Langem bekannt. Armut wirkt sich auf das vollständige Leben des Einzelnen aus und hat immense gesellschaftliche Auswirkungen. Zwischen Armut und begrenzten Teilhabemöglichkeiten, physischer und psychischer Gesundheit, sozialer Isolation und Einsamkeit bestehen Wechselbeziehungen. Armut ist zudem eng mit Fragen der sozialen Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts verbunden. Durch die steigenden Preise wird die soziale Teilhabe vieler Menschen weiter erschwert. Damit droht ihnen auch soziale Isolation und Einsamkeit. Der aktuelle WSI-Verteilungsbericht zeigt, zudem wie Armut die Demokratie gefährden kann und das Vertrauen in die Demokratie und staatliche Institutionen schmälert.²

Menschen müssen in die Lage versetzt werden, Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und es aus eigener Kraft zu schaffen. Gerade deshalb sind armutsfeste Regelleistungen so wichtig. Doch statt aktiv in die Armutsprävention einzusteigen, belässt es die Landesregierung dabei, die Tafeln ins Regelsystem zu überführen. Es steht außer Frage, dass die Tafeln wichtige Arbeit leisten, doch eigentlich sollte ihre Arbeit in einem reichen Land wie Deutschland darin liegen nur die größten Härten abzufedern. Stattdessen verhängen immer mehr Tafeln Aufnahmestopps und zugleich sind immer mehr Menschen auf die Hilfe der Tafeln angewiesen. Der Staat hat aber die Verantwortung, die Menschen in die Lage zu versetzen, für sich selbst zu sorgen. Es darf nicht sein, dass Menschen, die arbeiten auf die Unterstützung der Tafeln angewiesen sind. Eine wichtige Maßnahme ist daher der Mindestlohn. Er wird 2024 auf 12,41 € erhöht. Die SPD setzt sich für einen armutsfesten Mindestlohn ein. Nach der geplanten EU-Mindestlohnrichtlinie muss der Mindestlohn Ende 2024 mindestens 60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten entsprechen. In Deutschland würde dies 14 Euro entsprechen und perspektivisch entsprechend weiter steigen. Auf Bundesebene hat die SPD-geführte Regierung zudem eine Erhöhung des Bürgergelds beschlossen. Diese Erhöhung wird nun von

¹ Der Paritätische Gesamtverband (2023): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022. Aktualisierte 2. Auflage. Online unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Armutsbericht_2022_aktualisierte_Auflage.pdf (Stand: 17.11.2023).

² Hans Böckler Stiftung (2023): Armut gefährdet die Demokratie. Böckler Impuls, 17/2023. Düsseldorf.

der CDU massiv kritisiert und in Frage gestellt. Dies erstaunt nicht nur da mit zweifelhaften Statistiken und Aussagen argumentiert wird. Während Ministerpräsident Söder eine Bundesratsinitiative ankündigt, um das Bürgergeld insgesamt neu zu diskutieren und zudem fordert, die Erhöhung des Bürgergeldes zu verschieben, trifft sich das von Karl-Josef Laumann geleitete MAGS am Montag, den 4.12.2023 mit Vertreterinnen und Vertretern der Tafeln NRW, weil diese aufgrund von immer mehr Bedürftigen erneut Alarm schlagen³ und dies trotz Verstärkung der Förderung.

Schaut man sich an, was die CDU-geführte Landesregierung in NRW gegen Armut unternimmt, ist nach einer medial gut vermarkteten Armutskonferenz vom 14. Dezember 2022 auch ein Jahr später nicht viel zu sehen. Abgesehen vom Stärkungspakt lassen weitere Maßnahmen, wie der im Dezember 2022 angekündigte Aktionsplan gegen Armut, auf sich warten. Statt nun aktiv etwas gegen Armut zu tun oder gar präventiv zu handeln, ist die einzige Lösung der Landesregierung, die Tafeln ins Regelsystem aufzunehmen und ab dem Jahr 2024 jährlich mit 1,6 Millionen Euro zu fördern. Mit der Maßnahme, die Tafeln zum Bestandteil des sozialen Regelsystems zu machen, stiehlt sich die Landesregierung aus ihrer sozialstaatlichen Verantwortung und gibt damit jeden Anspruch auf eigenen Gestaltungswillen auf. Die Tafeln sind nie als Vollversorger gedacht gewesen, sondern als Maßnahme gegen Lebensmittelverschwendung und als Unterstützung gegen Armut aus der Zivilgesellschaft. Sie sind zweifelsfrei wichtige Anlaufstellen und Unterstützungsangebote für armutsbetroffene Menschen, aber sie dürfen nicht der Ersatz für eine sozialstaatliche Verantwortung der Landesregierung sein. Kritik kommt auch aus Reihen der Wohlfahrtsverbände. Statt einer Verstärkung der Förderung der Tafeln, brauche es bessere staatliche Maßnahmen, so ein Sprecher des Diözesan-Caritasverbands vom Erzbistum Köln.⁴ Ziel der Landesregierung muss es sein, dass Menschen gar nicht auf die Tafeln angewiesen sind und als Land selbst aktiv Armutsprävention zu betreiben.

Die landespolitischen Möglichkeiten im Bereich Armutsprävention sind dabei vielfältig und reichen von kostenfreien Mittagessen in Kitas und Schulen bis zur Absicherung von sozialen Einrichtungen. Die beste Armutsprävention sind gute Löhne und Tarifbindung. Durch gute Löhne sind Menschen erst gar nicht auf Unterstützungsmaßnahmen angewiesen. Die Landesregierung muss hierzu ihren landespolitischen Spielraum deutlich stärker nutzen und sich gegen die Tarifflicht und für bessere Löhne einsetzen. Das hier viel Luft nach oben ist, zeigen auch die neusten Daten zur Tarifflicht des DGB.⁵ Die Landesregierung darf den Kampf gegen Armut nicht der Zivilgesellschaft überlassen und Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler damit allein lassen. Gerade in Krisenzeiten ist ein aktiver Sozialstaat von immenser Bedeutung. Wir brauchen eine Landesregierung mit eigenem Gestaltungswillen, die im Bund Maßnahmen gegen Armut wie die Kindergrundsicherung nicht blockiert und die selbst aktiv Armutsprävention betreibt.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- aktiv Armutsprävention zu betreiben.
- endlich den Aktionsplan gegen Armut vorzustellen und konkrete Maßnahmen daraus umzusetzen.

³ Rheinische Post 2023: https://rp-online.de/politik/analyse-und-meinung/tafeln-nrw-weniger-lebensmittel-fuer-mehr-beduerftige_aid-102533251 (Stand: 4.12.2023).

⁴ Rheinische Post 2023: https://rp-online.de/politik/analyse-und-meinung/tafeln-nrw-weniger-lebensmittel-fuer-mehr-beduerftige_aid-102533251 (Stand: 4.12.2023).

⁵ DGB NRW 2023: Teure Tarifflicht – Nordrhein-Westfalen entgehen jährlich rund 25 Mrd. Euro jährlich. Online unter: <https://nrw.dgb.de/presse-und-social-media/++co++8bdbcb8c8-7c8b-11ee-a8e1-001a4a160123> (Stand: 15.11.2023).

- ein krisenfestes Bürgergeld zu unterstützen.
- die Einführung einer Kindergrundsicherung nicht zu blockieren.
- sich beim Bund für einen armutsfesten Mindestlohn von mindestens 14 € einzusetzen und Mindestlohnerhöhungen nicht zu blockieren.
- die landespolitischen Möglichkeiten zu nutzen, um Tarifbindung zu erhöhen, indem u. a. das Tariftreue- und Vergabegesetz für Nordrhein-Westfalen reformiert und gestärkt wird, sodass die Tarifbindung gestärkt und eine faire Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestärkt wird.
- kostenfreie Verpflegung in Kindertagesstätten, OGS und Angebote am Nachmittag einzurichten.
- soziale Einrichtungen abzusichern, damit wichtige Angebote aufrechterhalten bleiben.
- eigene landesweite Programme gegen Arbeitslosigkeit aufzusetzen.
- ein Modellprojekt zur Weiterführung von 16i Maßnahmen über drei Jahre einzurichten.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Lena Teschlade
Thorsten Klute

und Fraktion